

2015-09-25

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 09.09.2015

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Bönecke, Matthias

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Oberbürgermeister Kuras, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, informierte die anwesenden Stadträte über das Ableben des ehemaligen Oberbürgermeisters Herrn Dr. Jürgen Neubert. Die Stadt wird eine Trauerfeier am 29. September 2015, 13:00 Uhr in der Marienkirche durchführen. Für die Sitzung des Stadtrates am 23. September 2015 ist eine Schweigeminute vorgesehen.

Anschließend eröffnete er die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit neun anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur vorliegenden Tagesordnung gab es keine Änderungsvorschläge.

- 3 Genehmigung der Niederschriften vom 15.04.2015, 27.05.2015, 24.06.2015 und 09.07.2015**

Nachdem **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärte, dass es aufgrund der personellen Situation im Stadtratsbüro und der sehr umfänglichen Beratungen zum Haushalt, erst jetzt möglich war die Niederschriften vorzulegen, wurden die Niederschriften zur Kenntnis genommen.

4 Bekantgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die in der Sitzung des Haupt- und Personalausschuss am 09.07.2015 gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse bekannt:

- Feststellung des Konzernabschlusses der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2014
- Beschluss über die Ergebnisverwendung der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
- Entlastung der Geschäftsführer der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft für das Geschäftsjahr 2014
- Entlastung des Aufsichtsrates der DVV für das Geschäftsjahr 2014
- Beschluss über die Veröffentlichung des Konzernabschlusses und der Jahresabschlüsse zum 31.12.2014 der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
- Beschluss über die Erfüllung der Zielvereinbarung für das Geschäftsjahr 2014
- Vorschlag zur Verleihung des Sachsenberg-Preises 2015

5 Bekantgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

6 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen vorgebracht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Prüfaufträge zum Haushalt 2015 Vorlage: IV/025/2015/II-10

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Endbericht zur detaillierten Auswertung der 7. Kommunalen Bürgerumfrage Vorlage: IV/037/2015/VI-61

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte fest, dass sich aus dieser Analyse entsprechende Schwerpunkte ableiten lassen. Zu den Sachfragen sollte sich politisch verständigt und Schwerpunkte gesetzt werden. Somit könnte die Umfrage dazu beitragen, dem Willen der Bevölkerung näher zu kommen.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass er keine Punkte in der Umfrage sieht, wo ein großer Handlungsdruck besteht. Dennoch sollten einzelne Punkte detailliert betrachtet werden.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, verwies auf den grundsätzlich bestehenden Handlungsbedarf. Bei der Frage zur Bindung an die Stadt kam heraus, dass 85 % der befragten Bürger gern in Dessau-Roßlau leben, was ein sehr positives Ergebnis darstellt. Jedoch ist erst mit zunehmendem Alter der Bevölkerung auch eine stärkere Bindung an die Stadt sichtbar. Wiederum jeder Dritte der 18 bis 25 Jährigen und jeder Fünfte der 26 bis 39 Jährigen würde die Stadt verlassen wollen. Dieses Ergebnis muss hinterfragt werden.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, gab an, dass bei der Vorstellung der Umfrage im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus bereits über die Handlungsbedarfe gesprochen und seitens der Verwaltung die Aussage getroffen wurde, dass einige Punkte der Umfrage bereits weiterführend bearbeitet werden.

Herr Hantusch erklärte, dass der Vorschlag aus dem politischen Raum dennoch aufgegriffen werden sollte, um Schwerpunkte zu setzen und Handlungsalternativen zu besprechen. Er schlug vor, die Ergebnisse noch einmal aufzubereiten und mit den Fraktionsvorsitzenden zu beraten.

Herr Schönemann unterbreitete den Vorschlag, dass die Fraktionen bis Ende November die notwendigen Fragen zur Nachbearbeitung an die Verwaltung richten. Anschließend könnte eine gemeinsame Beratung durchgeführt werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras bemerkte, dass dieses Thema für den Haupt- und Personalausschuss im November vorgesehen werden könnte.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkte an, dass er in den Stadtratssitzungen bereits mehrfach darum gebeten hatte, den Zwischenbericht zur Realisierung des Masterplans Bauhausstadt im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport zu thematisieren, was bis jetzt noch nicht geschehen ist. Er bat des Weiteren um die Anwesenheit des Verfassers des Berichts. **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen** erklärte, dass es sich um ein Antwortschreiben auf die Anfrage eines Stadtrates handelt, welches auch allen Fraktionen bekannt ist. **Herr Oberbürgermeister Kuras** versicherte, dass das Thema an die benannten Ausschüsse weitergetragen wird.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, bezog sich auf das Protokoll vom Haupt- und Personalausschuss am 27.05.2015. Dort wurde festgelegt, das ausgefallene Kinderfest des Eigenbetriebes DeKiTa nachzuholen. Das Fest sollte jetzt nachgeholt bzw. eine Absage begründet werden. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärte, dass hier die Begründung beim anhaltenden Ver.di-Streik zu finden ist. **Frau Wendeborn, amtierende Dezernentin für Gesundheit und Soziales**, ergänzte, dass seitens der Betriebsleitung des Eigenbetriebes keine Durchführung des Kinderfestes während der laufenden Verhandlungen vorgesehen ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras gab des Weiteren an, dass das Kinderfest auf der Wasserburg in Roßlau für viele Eltern und Kinder als Ausweichmöglichkeit angenommen wurde, dennoch sollte noch einmal über das Thema gesprochen werden.

Voraussetzung für die Durchführung eines Kinderfestes ist jedoch ein arbeitsfähiger Eigenbetrieb.

Herr Schönemann sprach sich für die Nachholung des Festes aus.

Frau Wendeborn erklärte, dass die Verhandlungen Ende September wieder aufgenommen werden und abzuwarten ist, ob in Dessau-Roßlau erneut gestreikt wird.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, machte den Vorschlag, das Thema zunächst ruhen zu lassen, da die Situation unverändert ist. Im nächsten Jahr könnte als Ausgleich ein größeres Fest durchgeführt werden. Eine weitere Verlagerung in den Herbst sei nicht zielführend.

Herr Oberbürgermeister gab an, dass er dem Vorschlag von Herrn Puttkammer folgen und dennoch über die noch bestehenden Möglichkeiten informieren wird.

8 Beschlussfassungen

8.1 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2014 Vorlage: BV/225/2015/II-20

Es wurden keine Nachfragen geäußert.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

8.2 Aufhebung der Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von Benutzungsentgelten im Rettungsdienst (Gebührensatzung) Vorlage: BV/245/2015/II-37

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erklärte einfühlend, dass diese Satzung aufgrund des neuen Rettungsdienstgesetzes nicht mehr erforderlich ist. Obwohl die Satzung bereits nicht mehr angewendet wird, muss sie zusätzlich formal aufgehoben werden.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

8.3 Satzung der Stadt Dessau-Roßlau zur Rechtsstellung der/des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten Vorlage: BV/031/2015/V-50

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, merkte an, dass die Satzung maßgeblich unter Mitwirkung des Seniorenbeirates entstanden ist und im Fachausschuss positiv diskutiert wurde.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

8.4 Satzung der Stadt Dessau-Roßlau zur Rechtsstellung des ehrenamtlichen Seniorenbeirates
Vorlage: BV/202/2015/V-50

Es wurden keine Nachfragen geäußert.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

8.5 Vorbereitung der Gründung einer Stadtmarketinggesellschaft
Vorlage: BV/247/2015/I-OB

Herr Oberbürgermeister Kuras begrüßte Herrn Balke, Verfasser der vorliegenden Analyse, vom Unternehmen Dornbach & Partner zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt und ging einleitend auf die rechtlichen Voraussetzungen ein. Gemäß § 135 Kommunalverfassungsgesetz muss eine Kommune, die beabsichtigt, ein Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen Rechts zu gründen, eine Analyse erstellen, in der die Vor- und Nachteile einer öffentlichen und einer privatrechtlichen Organisationsform dargestellt werden. Bei einer solchen Untersuchung sind die organisatorischen, personalwirtschaftlichen, mitbestimmungsrechtlichen sowie die wirtschaftlichen, finanziellen, haftungsrechtlichen und steuerlichen Unterschiede darzustellen. Wenn die beihilferechtliche Zulässigkeit von Ausgleichszahlungen einen Betrauungsakt erfordern, muss dieser Bestandteil der Beschlussfassung ist. Die Analyse ist der beschließenden Vertretung zur Vorbereitung der Entscheidung sowie der Kommunalaufsichtsbehörde unverzüglich, jedoch spätestens sechs Wochen vor der Entscheidung vorzulegen. Die Analyse dient somit dem Stadtrat, alle Vor- und Nachteile für seine Entscheidung abzuwägen sowie der Kommunalaufsicht zur Prüfung der rechtlichen Vorgaben. Bei der Gründung einer solchen Gesellschaft sind Unwägbarkeiten nicht auszuschließen. Zur Erstellung der Analyse mussten Annahmen getroffen werden, wo nicht bekannt ist, ob diese so eintreten. Er erklärte weiter, dass für die Gesellschaft mehr Geld als geplant benötigt wird, was jedoch für ein besseres Marketing notwendig ist. Für einen unausgeglichenen Haushalt und für die Haushaltsplanung 2016 bedeutet das eine andere Prioritätensetzung, um die Mehrausgaben für das Marketing zu kompensieren. Eine weitere Unwägbarkeit stellt die ggf. eintretende Besteuerung dar. Das Finanzamt hatte um eine konkrete Darlegung gebeten, um eine verbindliche Auskunft gem. § 89 Abgabenordnung erteilen zu können. Der Kommunalaufsicht wurden bereits die entsprechenden Unterlagen zugesandt. Die verbindliche Auskunft vom Finanzamt wird als nächstes beantragt. Eine konkrete Aussage bzgl. eines zeitlichen Rahmens konnte nicht getroffen werden. **Herr Oberbürgermeister Kuras** merkte weiterhin an, dass bei der Erstellung der Beschlussvorlage versucht wurde, möglichst genau die Intentionen der Fraktionen aufzugreifen. In der Beschlussvorlage ist eine personelle Ausstattung mit sieben Stellen zusätzlich der Touristinformation vorgesehen. Für die Erarbeitung dieser Struktur wurde die Anlage der von den Fraktionen eingereichten Beschlussvorlage verwendet. Hinsichtlich des Entwurfs zum Betrauungsakt erklärte er, dass dieser auf Empfehlung des Innenministeriums erarbeitet wurde. Damit ist die Voraussetzung am ehesten gegeben, eine Umsatzsteuerpflicht der städtischen Zuschüsse an die Gesellschaft zu vermeiden. Bezüglich der personalrechtlichen Voraussetzungen gab es ebenfalls intensive Beratungen mit dem zuständigen Dezernat. Trotz der finanziellen Auswirkungen sollen die Stellen der zu gründenden Stadtmarketinggesellschaft nicht mit bisherigen städtischen Bediensteten besetzt werden.

Jedoch sollen bei der Ausschreibung aller Stellen die Mitarbeiter der Stadtverwaltung gezielt angesprochen werden, damit diese sich bewerben können. Für die Mitarbeiter, die nicht in die Gesellschaft wechseln wollen, müssen andere Stellen innerhalb der Stadtverwaltung gefunden werden. In den Anlagen der vorliegenden Beschlussvorlage spiegelt sich ebenfalls die Erforderlichkeit der Abläufe wider. Nach Beschluss des Gesellschaftervertrages durch den Stadtrat erfolgt die Bestellung eines Aufsichtsrates, der wiederum die Bestellung des Geschäftsführers vornimmt und genaue inhaltliche Ziele festlegt. In der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 7. Oktober 2015 soll sich ein zweites Mal mit der Thematik befasst werden, damit in der Stadtratssitzung am 28. Oktober die Beschlüsse zum Gesellschaftervertrag und zum Betrauungsakt gefasst werden können. Seitens der Fraktionen muss ein Beschluss über die Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrates getroffen werden. Parallel dazu könnte bereits die Ausschreibung der Stellen des Geschäftsführers sowie der Assistenz erfolgen. Das Ziel ist, Anfang des Jahres 2016 handlungsfähig zu sein, was den Vorteil hätte, dass für das Jahr 2015 kein Jahresabschluss erstellt werden müsste.

Herr Kolze merkte an, dass seitens der **CDU-Fraktion** ein Start am 1. Januar 2016 aufgrund des vorgelegten Zeitplanes und der damit verbundenen Aufgaben vertretbar ist. Jedoch gibt es zu den Entwürfen des Gesellschaftervertrages und des Betrauungsaktes Änderungsvorschläge, da dort der Bereich Wirtschaft sehr kurz gehalten bzw. ganz weggelassen wurde. Die Trennung der Bereiche Wirtschaft und Tourismus wurde nicht vereinbart. Er schlug vor, bis zur nächsten Woche die entsprechenden Änderungsanträge vorzubereiten, diese dem Oberbürgermeister und den Fraktionen zur Verfügung zu stellen und vor einer erneuten Beratung im Haupt- und Personalausschuss am 7. Oktober 2015 zu besprechen. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erwiderte, dass die Trennung von Wirtschaft und Tourismus in der Beschlussvorlage der Fraktionen, die in der Stadtratssitzung am 29.04.2015 behandelt wurde, ebenfalls vorgesehen war. **Herr Kolze** machte des Weiteren den Vorschlag, bei der Besetzung des Aufsichtsgremiums analog zu den bereits bestehenden Aufsichtsräten vorzugehen.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, stimmte diesem Vorschlag zu. Hinsichtlich der Anforderungen an den Geschäftsführer merkte er an, dass diese nachgebessert werden müssen, da konkreten Aussagen bzgl. einer vorhandenen Leitungserfahrung sowie zur notwendigen Ausbildung fehlen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte fest, dass bei der damaligen Gründung des Eigenbetriebes DeKiTa ein Projektverantwortlicher berufen wurde, der dann Geschäftsführer geworden ist. Der jetzige Prozess könnte abgekürzt werden, wenn dieses Verfahren genutzt werden würde. **Herr Oberbürgermeister Kuras** gab an, dass es dafür zum jetzigen Zeitpunkt möglicherweise zu spät ist. **Herr Schönemann** erfragte des Weiteren, ob die vorliegende Beschlussvorlage bereits soweit Rechtssicherheit besitzt, dass keinerlei Nachteile bei personalrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Bediensteten und Stadt entstehen. Diesbezüglich erfragte er, ob der Personalrat der Stadtverwaltung an dem bisherigen Prozess beteiligt war und ob seitens des Rechtsamtes eine Stellungnahme vorliegt. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärte, dass bei der gewählten Rechtsform eine Benachteiligung von Mitarbeitern nicht abzusehen ist. Vielmehr ist es so, dass Personal überbleibt.

Das ist jedoch vertretbar, da momentan Aufgaben zu erledigen sind die in ihrem Umfang und in ihrer Unvorhersehbarkeit hohe Anforderungen an die Stadt stellen. Das überbleibende Personal würde mit diesen Aufgaben betraut werden, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Sollte eine Beteiligung der Personalvertretung notwendig sein, wird das auch geschehen.

Herr Schönemann beantragte Rederecht für die anwesende Vorsitzende des Personalrates. **Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.**

Frau Knoche, Vorsitzende des Personalrates, erklärte, dass der Personalrat keine Kenntnis von den Inhalten der vorliegenden Beschlussvorlage hatte und es besorgniserregend ist, dass die Vorlage bereits öffentlich behandelt wird. Des Weiteren sollte ein Konzept über die Verwendung der Mitarbeiter vorgelegt werden, die nicht in der Stadtmarketinggesellschaft arbeiten möchten. Aufgrund des nicht vorab geführten Gesprächs bat sie darum, den Teil der das Personal betrifft bis zur nächsten Sitzung auszusparen, damit sich der Personalrat damit beschäftigen und schriftlich Stellung nehmen kann.

Herr Kolze hinterfragte, ob der Personalrat nicht beteiligt wurde oder ob er es nicht geschafft hatte, die Beschlussvorlage kurzfristig durchzuarbeiten. **Frau Knoche** entgegnete, dass die Personalvertretung keine Kenntnis von der Beschlussvorlage hatte.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass er die Beschlussvorlage für den öffentlichen Teil vorgesehen hatte, um die Transparenz zu wahren und niemand verunsichert werden sollte. Er habe nicht die Absicht, die Mitwirkungsrechte einzuschränken, jedoch ist ein erster Beschluss notwendig.

Herr Eichelberg stellte fest, dass vor einem Beschluss durch den Haupt- und Personalausschuss ein Gespräch mit dem Personalrat stattfinden sollte und die Fraktionen ihre Änderungsvorschläge einbringen. Hinsichtlich der Besetzung des Aufsichtsrates unterbreitete er des Weiteren den Vorschlag, diesen mit sieben Personen zu besetzen.

Frau Benckenstein sprach sich für eine Beteiligung der AfD-Fraktion im Aufsichtsrat aus. Dafür müsste die Anzahl der Mitglieder auf neun Personen erhöht werden, merkte **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, an.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, ging auf den Vorschlag von Herrn Kolze ein, dass die Änderungsvorschläge schriftlich einzureichen und an die Fraktionen weiterzuleiten sind.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, stimmte dem Vorschlag ebenfalls zu, da auch seitens seiner Fraktion Anmerkungen zur Beschlussvorlage gemacht wurden. Ebenfalls sollten vor der Sitzung am 7. Oktober 2015 die notwendigen internen Abstimmungen erfolgen.

Herr Tschammer, SPD-Fraktion, merkte an, dass man sich heute darauf verständigen sollte, dass die Stadtmarketinggesellschaft am 1. Januar 2016 gegründet werden muss, da seitens der Wirtschaft eine große Erwartungshaltung besteht.

Herr Oberbürgermeister Kuras stellte abschließend fest, dass die Beschlussvorlage bis zum 7. Oktober 2015 entsprechend der Hinweise der Fraktionen überarbeitet wird und vorab ein Gespräch mit dem Personalrat stattfindet.

Herr Schönemann bat darum, die Beschlussvorlage um eine Stellungnahme des Personalrates zu erweitern. **Herr Oberbürgermeister Kuras** stimmt diesem Vorschlag zu.

Herr Dr. Melchior wies darauf hin, dass eine Frist bzgl. der Rückäußerungen zu den Änderungsanträgen gesetzt werden sollte. Die Änderungsvorschläge sollten bis zum 15. September 2015 eingereicht werden und die Abstimmung zwischen den Fraktionen bis zum 22. September 2015 abgeschlossen sein.

Die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses stimmten diesem Vorschlag zu.

Die Beschlussvorlage wurde zurückgestellt.

12 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Kuras** um 19:10 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 26.09.15

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer